

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Abonnementspreis für die Tage vom 21. November bis 23. November einschl. Beleglohn 150 Milliarden, bei Selbstabholung 140 Milliarden M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nummer 22721 und 24598. — Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. Postcheckkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13898. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24598	Inseratenpreise: Die 10zeilige, Kolonetzelle 35 Goldpfennig, bei Plankorrek. 40 Goldpf. Familiennachrichten v. Privat. die 10zeig. Kolonetzelle 15 Goldpf. Reklameselle 1,75 Goldmark, Inserate n. a. w. w.: die 10zeig. Kolonetzelle 40 Goldpf. bei Plankorrek. 45 Goldpf., Reklameselle 2 Goldmark. Annahme bis 9 Uhr vorm.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiglagenschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Dr. Stresemann auf der Anflagebank.

Der Kampf um den Rest.

Berlin, 20. November.

Die Deutsche Volkspartei als Vertreterin des Großbürgertums und des Großkapitalismus hat seit einem Jahre zeigen können, ob sie das Reich regieren und die Aufgaben, die ihm inner- und außenpolitisch gestellt sind, erfüllen kann. Mit allen Mitteln der Intrige und der politischen Schieberei hat diese Partei am Sturze der sogenannten kleinen Koalition gearbeitet, um selbst ans Ruder zu kommen. Gerade vor einem Jahre trat der Sturz ein. Die Sozialdemokratie und der Kanzler Wirth traten aus der Regierung aus, die neue Regierung wurde unter der Führung der Deutschen Volkspartei mit Zentrum und Demokraten gebildet, Cuno als Reichskanzler bestellt. Nun konnte es Deutschland nicht mehr fehlen. Die deutschen Wirtschaftskreise hatten die Verpflichtung übernommen, der neuen Regierung die Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Erfüllung der Reparationspflicht zur Verfügung zu stellen. Was nun folgte, ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß es nötig wäre, es ausführlich zu schildern. Diefelbe Treulosigkeit, die die Nationalliberale Partei schon früher ausgezeichnet hatte, blieb auch Hauptcharaktereigenschaft der Deutschen Volkspartei, nur daß sie früher für das Volk nicht in so umfangreichem Maße zum Nachteil auswirken konnte, wie jetzt, wo sie Hauptregierungspartei ist. Mit ihren leeren Versprechungen ermaßlichte es die völksparteiliche Regierung Cuno's Vorkurs, seine Ruhrbefehlspolitik auszuführen und zu begründen. In rasendem Laufe führte Deutschland in einem halben Jahre in eine unerhörte Schuldenlast, so daß Cuno Anfang August samt seiner Regierung fluchtbedürftig abtreten mußte. Dem Ruhrkampf war obendrein moralisch das Rückgrat gebrochen. Nun kam die neue, die große Koalition, bei der die Sozialdemokratie das Hegeblatt abgeben mußte. Die Konzerne traten jetzt selbst offen handelnd auf den Plan. Ueber den Kopf der Regierung hinweg verhandelten sie mit den Besatzungsbehörden und gaben dem Ruhrkampf den letzten Stoß. Ihre Vertreter in der Regierung bedekten ihnen den Rücken und verhinderten jeden Währungsreformversuch. In Rültrin, Brandenburg, Kottbus, Spandau, Jüterbog und Bayern erhoben sich die Staatsstreitkräfte auf Verabredung. Statt gegen Bayern erfolgte der Marsch gegen Sachsen und Thüringen, die Verfassung slog in die Ecke, der Sozialdemokratie setzte man den Stuhl vor die Tür, als sie gegen diese Ungehörlichkeiten aufzumucken begann. Jetzt ist auch der willkürliche Kapitalstreik Stresemann an der Reihe, hinauszufügen. Die Treulosigkeiten rächen sich an ihm selbst und an seiner Partei. Eine der schlimmsten Früchte Stresemannscher Staatskunst ist nun der Verlust Rheinland-Westfalens. Schon greift die deutschnationale Gruppe, die unter deutschnational-militärischem Einfluß steht, nach der Staatsgewalt.

Der Kampf um diesen Übergang setzte mit der heutigen Reichstagsagung ein; sie fand freilich durch ein der schwärzesten Reaktionen dienendes Spektakelstück der Kommunisten ein vorzeitiges Ende. Nachdem der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Weis, die Anklage gegen Stresemann in einer längeren Rede begründet hatte, die von der Rechten des Hauses oft lärmend unterbrochen worden war, legte der Redner der deutschnationalen Fraktion, Herr Hergt, das Programm dar, nach dem seine Partei zu herrschen gedenkt. Beide Redner zapften Stresemann deswegen ziemlich scharf an, weil er sich stellt, als handle es sich nach dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung um keine Neubildung, sondern nur um Ergänzung der Regierung, und weil er nicht mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag tritt. Es ist eine nationalliberale politische Schieberei, so zu tun, als wäre nichts geschehen als handle es sich im Grunde nur um die Ergänzung der Regierung durch ein paar Mitglieber und als hätte der Kanzler eigentlich nur auf ein paar Angriffe Mißvergnügter zu empfangen. Er wolle, so wurde mitgeteilt, antworten, wenn die Redner der beiden großen Oppositionsparteien von links und rechts gesprochen hätten.

Wäre Hergt keine so nervöse Zappelnatur, durch die die politisch ernsthaftesten Dinge einen lächerlichen Anstrich bekommen, seine heiligen Ausführungen hätten nicht nur Eindruck gemacht, sie wären auch für die weitere Debatte wirkungsvoll gewesen. Nicht übel verhöhte er Stresemann, als den Erfinder der großen Koalition, der nun, nachdem seine Erfindung wie ein Kartenhaus zusammengeplatzt sei, nicht mit verschwinden wolle, sondern sich an den Kanzlerstuhl klammere. Seine Regierung habe nur Mißerfolg auf Mißerfolg gehabt, ja — so höhnte Hergt weiter — nicht einmal die bayrische Frage habe sie lösen können. Daß

Hergt so offenerzig ist zu sagen, das übrige Deutschland müsse nach Kahr'schem Rezept regiert und behandelt werden, kann man nur dankbar anerkennen. Bei den Konservativen hat man ja immer gewünscht, woran man ist, das war stets ihr Vorzug vor den Nationalliberalen und den Zentrümlern.

Da die Deutschnationalen ebenso wie unsere Partei und wie die Kommunisten einen eigenen Mißtrauensantrag einbringen werden, so ist das Schicksal Stresemanns eigentlich schon besiegelt. Er wollte auch selbst die Entscheidung so bald als möglich haben, darum haben seine Parteifreunde im Vorkommensauschuß vorgeschlagen, die Aussprache am Dienstag zu Ende zu führen und die Abstimmungsstunde auf 12,15 Uhr nachts anzusetzen, weil über einen Mißtrauensantrag erst in einer Sitzung am folgenden Tage abgestimmt werden darf. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung, es soll ausführlich über die Politik der großen Koalition gesprochen werden. Von unsrer Fraktion sind noch zwei Redner vorgesehen.

Eine eigne, ausschließlich der Reaktion dienende, die Arbeiterbewegung aufs allererschwerste schädigende Spektakelmacherei verübten die beiden wilden Männer der politisch unfähigen Kommunistenfraktion Koenen und Kemmerle. Selbst den eigenen Fraktionskollegen war der Spektakel zu dumm, aber aus Solidarität konnten sie sich dann nicht mehr lassen dagegen aufstehen. Offenbar auf eine Umweigerung aus Moskau üben sie, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, eine neue „Taktik“. Zu Beginn jeder Sitzung verlangt ein Kommunist das Wort zur Geschäftsordnung, um eine mit der Geschäftsordnung in keinerlei Zusammenhang stehende kommunistische Agitationsrede zu halten. Ermahnt der Präsident den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen, so macht dieser einen Höllenspektakel, in den seine Kollegen einstimmen. Und dieses widerliche Schauspiel, das weder mit Politik, noch mit

Redefreiheit, noch mit Wahrnehmung von Arbeiterinteressen etwas zu tun hat, wiederholt sich, sobald ein Redner geendet und einem andern das Wort erteilt wird. Heute war es ganz widerlich und dumm. Kaum hat der Präsident den Beginn der politischen Aussprache angekündigt, als auch schon Koenen vorstürzte und das Wort zur Geschäftsordnung verlangte. Seine Fraktion verlange, so erklärte er, daß die Debatte nicht eher beginne, bis Stresemann Rede und Antwort gestanden habe. Der Präsident erklärte, er habe keine geschäftsordnungsmäßigen Mittel, den Kanzler zu zwingen, als erster zu reden. Das hinderte die Kommunisten nicht, weiterzuspelkeln. Das etelchaste Schauspiel wiederholte sich nach der Rede Hergts — als Stresemann nur sprechen sollte — so toll, daß der Präsident den Rißel Kemmerle nicht nur zur Ordnung rufen, sondern ihn auch von der Sitzung ausschließen mußte. Natürlich folgte auf eine Stunde aufhob. Unterdessen verhandelte er mit den Kommunisten, sie gingen auf seinen Vorschlag ein, aber hielten wie immer ihr Wort nicht. Kemmerle blieb nach Wiedereröffnung der Sitzung im Saal. Wollte der Präsident Kemmerle nicht durch Schutzleute hinausbringen lassen, so blieb ihm nichts übrig, als die Sitzung zu schließen. Erst spekte sie, weil Stresemann nicht spricht, dann spekte sie mit dem wütesten Schimpfwort, als er sprechen sollte und verhindern es. Wenn die kommunistischen Arbeiter diese widerlichen Spektakelstücke lähen, sie würden sich mit Schaudern abwenden; sie würden erkennen, wie schwer eine solche Radikalpolitik die Arbeiterbewegung schädigt.

Wie der Spektakel am Donnerstag weiter geht, wird man sehen.

Kampf dem Belagerungszustand.

Kommunisten als Retter in der Not.

301. Sitzung vom Dienstag, dem 20. November 1923, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten mit Nachrufen auf den Abg. Hager und den Reichsbankpräsidenten Hansenstein. Debatteles genehmigt der Reichstag Wirtschaftsvorträge mit der Schweiz, Portugal und Polen. Vor Eintritt in die politische Aussprache fordert Abg. Koenen (Komm.) zur Geschäftsordnung, daß als erster Redner der Reichskanzler Redenschaft über seine Politik ablegen möge. Wenn der Reichstag, dem allerdings schon der Reichengeruch der Verweigerung anhaue, die Redenschaft nicht fordere, dann werden es die Massen draußen tun. Ein kommunistischer Antrag auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt und das Wort erhält

Abg. Weis (Soz.):

Im deutschen Volke wird es Verwunderung erwecken, daß die Tagung des Reichstags nicht mit einer Erklärung der Reichsregierung eröffnet wird, sondern daß die Oppositionsparteien den Reigen der politischen Aussprache eröffnen. Das ist nichts andres als ein Mangel an Kraftgefühl auf Seiten der neuen Regierung; denn eine neue Regierung ist es, die wir vor uns haben. Jede neue Regierung bedarf aber des Vertrauens des Reichstags; sie muß also mit ihrem Programm vor den Reichstag treten. Die Regierung lehnt das ab; sie weicht dem aus; sie will zunächst die Stellung der Parteien kennen lernen. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Regierung Stresemann die alte Regierung sei. Das ist irrig. Es ist eine neue, ganz andersgerichtete Regierung, für die das Ermächtigungsgesetz, das der früheren Regierung weitgehende Vollmachten gab, nicht mehr besteht. Dabei droht ein Winter mit unvorstellbaren Schrecken. Millionen unserer Volksgenossen sitzen an kalten Herden bei erloschenen Lampen, weil ihr Einkommen zu Licht und Feuerung nicht mehr reicht. Ihre verschlossene Kleidung schließt sie nicht vor Kälte, ihre Nahrung genügt nicht mehr, dauernde Hungergefühle fernzuhalten. Die so namenlos Leidenden, sind unschuldige Menschen, die am meisten unter ihnen leiden, sind die unschuldigsten von allen: die Kinder. Die ganze Menschheit mühte angeichts eines so ungeheuren Unglücks alle Kraft zusammenzurufen zur Hilfe und Rettung. Aber härter als alle Werke menschlicher Solidarität zeigen sich die Kräfte der Zerstörung. Ein Staat, der im Kriege unser Gegner war und im Frieden aufgehört hat unser Feind zu sein, haust auf unserm Boden mit brutaler Gewalt und zerschlägt alle Versuche, ein behedendens Dasein unsres Volkes neu aufzubauen. Ich will gegen die Politik der französischen Regierung nicht neue Anklagen erheben; andre haben es in andern Fragen weit wirksamer getan als ich es vermöchte. Aber da sich Herr Poincaré neuerdings um das Schicksal

der deutschen Republik besorgt gezeigt hat, möchte ich nicht unterlassen, ihm von dieser Stelle aus zu enigenen: Die Feinde der deutschen Republik haben nur einen Schutengel — der heißt Poincaré. (Sehr wahr!) Die Veruche der deutschen Arbeiterdemokratie, die Republik zu stützen, zum französischen Volk in ein gutes Verhältnis zu kommen, um gerechte Entscheidungen für die Befriedung des Krieges zu leisten, alle diese Veruche sind an einem Gegner gescheitert — und der heißt Poincaré. (Sehr richtig!) Schlimmeres an Unmenschlichkeit hat keine Politik geleistet als jene, die sich im Namen Poincarés verlorpert. (Zustimmung.) Die Sozialisten beider Länder werden eine Herkulesarbeit zu verrichten haben, um die Berge des Hasses abzutragen, die zwischen den beiden Völkern aufgerichtet sind. Was unsre englische Bruderpartei getan hat und noch tut, um die Gewissen wahrzurichten und einer Politik der Vernunft und Menschlichkeit den Weg zu bahnen, das wird in der Geschichte des internationalen Sozialismus eines der glanzvollsten Kapitel bleiben. Wir wären glücklich, wenn alle Deutschen für die Lage des deutschen Volkes und die sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten ebensoviel Verständnis befehen wie jene: englischen Arbeiter und Angestellten. (Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Im Inneren aber sind wir unruhiger und zerrissener denn je. Der Bürgerkrieg schweilt im Gebälk und bricht da und dort in harte Flammen aus. Wo ist da in der deutschen Volksovertretung die Menschheit, die führt und sammelt? Wir haben uns mit bestem Willen an dem Verlust beteiligt, eine solche Mehrheit zu schaffen; er ist an der Schärfe der Klassengegensätze gescheitert. Die Klassenpolitik der deutschen Arbeiter kann in klassenrechtlicher Beziehung nichts andres sein als Reichspolitik. Mit der Reichseinheit ist die Arbeiterklasse auf Gebeih und Verderb verbunden. Unser Zukunftsraum in internationaler Beziehung sind die Vereinigten Staaten von Europa; in nationaler Beziehung ist es die deutsche Einheitsrepublik. Darum stehen wir im schärfsten Gegensatz zu einer Politik bürgerlicher Sonderinteressen, die mit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete spielt und die den Grundlag der einheitlichen Reichsgewalt für Bayern nicht suspendiert. Wir warnen die Regierung davor, sich von Geschäftspolitikern oder Phantasten zu einem Trennbruch an der Bevölkerung im besetzten Gebiet verleiten zu lassen. Die kapitalistischen Geschäftspolitikern im Westen wollen sich von den sozialen Verpflichtungen und sinnvollen Taten der Reichszugehörigkeit befreien, die Phantasten erklären ihre Heil in der Aufkündigung des Vertrages von Versailles. Wird dieser Vertrag in aller Form aufgehoben, so ist es eine Frage an Macht, was an seine Stelle tritt. Die Schwäche des Reiches kommt in der inneren Politik in erschütternder Weise zum Ausdruck. Ich wernichtens empfinde

Brennend die Schande einer Reichsregierung.

die bei all den verderblichen, widerwärtigen, lächerlichen Ereignissen der banalen Lohnauszahlung die Rolle des hilflosen Zuschauers gespielt hat. Der Herr Reichskanzler hat lieber die Sozialdemokratie aus der Regierung ausschließen und die große Koalition in Scherben gehen lassen, als daß er den sozialdemokratischen Wahnungen Gehör

Dienstag: Amil. Dollarkurs Berlin

4180,5 Milliarden G.	4205,5 Milliarden B.
Goldmark	
997,5 Milliarden G.	1002,5 Milliarden B.